

SCHWEIZER FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

Fülle jetzt unsere Umfrage
zum Freisinn aus!



Man kann's drehen, wie man will.

Die Juso will Schweizer Unternehmen zerstören.

Nein zur Enteignungsinitiative
der Juso

Seite 4–7

Internationale Adoptionen

Die FDP setzt sich gegen ein Verbot
internationaler Adoptionen ein

Seite 8

Schwerpunkt Sicherheitspolitik

Unser Forderungspapier zur
Sicherheitspolitik

Seite 16+17



Liebe Freisinnige

«Freiheit ist kein Synonym für Glück, sondern eher für schwierige Entscheidungen»: Dieses Zitat der liberalen Politikerin Emma Bonino aus Italien macht klar, dass liberale Politik nicht die Aufgabe hat, die Menschen glücklich zu machen. Die FDP steht für eine Politik ein, die den Menschen Freiheit lässt. Freiheit kann anstrengend sein, denn sie beinhaltet, dass jeder und jede selber denken, entscheiden und handeln muss. Freiheit ist aber alles andere als selbstverständlich, sie muss jeden Tag errungen werden. Es bedarf vor allem des Mutes der Politik, den Menschen etwas zuzutrauen und ihnen etwas abzuverlangen: Selbstverantwortung! Wenn wir einen Blick in die Welt werfen, müssen wir feststellen: Die Welt ist im Umbruch, und das liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist vielerorts gefährdet – mittlerweile auch in der Schweiz.

Schweizer Wohlstand steht auf dem Spiel

Die Schweiz ist aufgrund des liberalen Staatsverständnisses ein erfolgreiches Land, in dem der Wohlstand im weltweiten Vergleich enorm hoch ist. Davon können alle Menschen in unserem Land profitieren. Das ist das Verdienst unserer Vorfahren, die sich für eine Schweiz eingesetzt haben, die auf Selbstverantwortung, Subsidiarität und Milizprinzip basiert. Dieses Staatsverständnis steht massiv unter Druck. Die anderen Parteien versprechen den Menschen in diesem Land, mit einer Fülle von staatlichen Leistungen für ihr Glück zu sorgen.

Ausser der FDP gibt es kaum eine Partei, die den Mut hat, sich gegen die nicht finanzierbaren Verheissungen zu stemmen. Ansprüche, die noch vor wenigen Jahren aus finanzpolitischer Vorsicht im Parlament keine Chance hatten, sind heute mehrheitsfähig. Die Koalition der Anspruchsvollen setzt dadurch unter billigender Inkaufnahme der finanzpolitischen Verlüderung den Wohlstand nicht nur der heutigen Generation, sondern auch der nachfolgenden Generationen aufs Spiel.

SP und Mitte wollen einen weiteren Ausbau der AHV

Bei der 13. AHV-Rente fragt sich die Politik, wie sie das vom Volk angenommene Versprechen einlösen und gegenfinanzieren soll. Die Antwort ist schnell zur Hand: Steuererhöhungen. Doch es kommt aber noch dicker. Noch bevor die Finanzierung der 13. AHV-Rente auch nur ansatzweise geklärt ist, setzen SP und Mitte bereits zum nächsten Griff ins Portemonnaie des arbeitenden Mittelstands und der KMU an. Im Rahmen der Finanzierungsvorlage für die 13. AHV-Rente haben Mitte und SP dreist einen zusätzlichen Ausbau der AHV-Finanzierung beschlossen. Statt um 5 Milliarden soll die AHV um fast 9 Milliarden aufgestockt werden. Bezahlt werden soll der Ausbau durch höhere Lohnabzüge und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Kostenfolgen für die Bevölkerung werden einmal mehr verschwiegen: rund 2000 Franken pro Jahr und durch-

schnittlichen Haushalt. Einher geht damit selbstverständlich nicht nur ein Kaufkraftverlust, sondern immer auch ein schleichender Verlust an Freiheit: die Freiheit, selber zu entscheiden.

Enteignungsinitiative von Juso und SP

Noch weiter geht die Juso-Erbschaftsinitiative. Die Initiative schreibt eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent ab einem Betrag von 50 Millionen vor. Ohne Ausnahmen und zusätzlich zu allen kantonalen Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern. Das würde die erfolgreichsten Unternehmerinnen und Unternehmer sowie deren Unternehmen aus dem Land vertreiben. Laut Bundesrat würden dem Schweizer Staat in der Folge bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr fehlen. Vielleicht würde ein Teil mit Sparprogrammen bei der öffentlichen Hand kompensiert. Wahrscheinlich ist aber, dass die Politik die Steuerausfälle wiederum mit neuen Steuern gegenfinanzieren will. Und zwar bei denjenigen, der die Schweiz nicht ohne weiteres verlassen kann: beim arbeitenden Mittelstand. Die FDP wehrt sich mit aller Kraft gegen diesen linken Steuerhammer und gegen diese Vernichtung des nachhaltigen Unternehmertums – eines wichtigen Bausteins unseres Wohlstands.

Steuern senken, Staat entschlacken, Subventionen abbauen

Die einzige richtige Antwort auf die schädliche Anspruchspolitik von Mitte-Links heisst mehr Freiheit – oder ganz einfach: den Menschen und unseren KMU etwas zuzutrauen. Sie sollen wieder mehr Spielraum für ihr verdientes Geld haben. Ob sparen, investieren oder konsumieren. Weshalb sollen diese zuweilen schwierigen individuellen Entscheidungen vom Staat verhindert werden? Aktuell liegt die Schweizer Staatsquote bei 32 Prozent und damit über dem globalen Median. Die Fiskalquote (ohne Zwangsabgaben für die Kranken- und die Pensionskassen) beträgt 40 Prozent und ist damit vergleichbar mit denjenigen Deutschlands oder Österreichs und liegt nur unwesentlich unter derjenigen von Schweden. Zudem zeigen die Tendenzen sowohl bei der Staats- wie auch bei der Fiskalquote deutlich nach oben. Die FDP muss als einzige Partei in der Schweiz gegen die immer dreister erhobenen staatlichen Glücksversprechen ankämpfen und sich nicht scheuen, den Menschen in unserem Land etwas zuzutrauen. Dazu müssen wir uns aber zuerst selber etwas zutrauen: den Mut, Nein zu sagen – auch oder gerade weil uns die Parteien aus der Koalition der Anspruchsvollen Arm in Arm mit den Medien dafür kritisieren. Denn Freiheit ist anstrengend. Der Kampf dafür noch viel mehr!

Ihr Thierry Burkart,
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Bild: generiert mit KI



Institutionen und Musik

Gedanken von Ständeratspräsident Andrea Caroni

Sehr geehrte Damen und Herren

Stellen Sie sich die Schweiz als Orchester vor. Die **Bevölkerung** spielt die erste Geige. Und auch die zweite und dritte. Die Trompeten – die **Politik** – versuchen die Melodie vorzugeben. Der Synthesizer – die Wissenschaft – schafft neue Klänge. Vielfältige Flöten – die **Kultur** – umspielen die Melodie. Das Cello, die **soziale Wohlfahrt**, sorgt für Wärme. Das Schlagzeug fördert mit vorwärtstreibenden Beats den **wirtschaftlichen** Fortschritt. Das wichtigste Instrument aber ist der Kontrabass, er entspricht unseren **Institutionen**.

Jedes Instrument, jede Stimme ist einzigartig und dennoch vereint in einer Symphonie der Vielfalt. Doch was passiert, wenn die Instrumente verstimmt sind oder wenn jeder taub für andere sein Solo spielt? Aus der Harmonie wird Kakophonie, aus dem Konzert ein ohrenschmerzendes Durcheinander.

Die Schweiz war nicht immer ein harmonisches Orchester. Sie war geprägt von politischer Zersplitterung und konfessionellen Gräben. Aber im Willen zu Freiheit und gemeinsamer Selbstbestimmung haben die unterschiedlichen Kantone zusammengefunden und haben die Partitur für die moderne Schweiz komponiert: mit Rechtsstaat, direkter Demokratie, Milizsystem, Föderalismus, Konkordanz. **Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt** sind bei uns mehr als nur Schlagworte. Sie verkörpern die Sehnsucht nach Stabilität, einem

Einklang von Tradition und Fortschritt. Während anderswo die politische Bühne zur Reality-Show oder zum Schauplatz der Gewalt verkommt, tauschen wir in der Schweiz schlicht jährlich die Regierungsfotos aus und folgen weiter einem besonnenen Andante moderato.

Doch Vorsicht: Besonnenheit darf nicht in Gleichgültigkeit umschlagen und nicht zu einem Wiegenlied werden, das uns einlullt und den Blick auf die Herausforderungen unserer Zeit verhindert. Sonst wird das Wiegenlied zum Abgesang auf uns selbst. **Die Welt verändert sich rasant**, und die Schweiz ist kein schalldicht abgeschotteter Konzertsaal. Digitalisierung, Globalisierung, die Fragmentierung der Öffentlichkeit und die Einflüsse von machtbessenen Autokraten auf allen Kanälen. Das **Internet** als gewaltiger Resonanzkörper verstärkt den Lärm, Hass und Hetze greifen oft ungeahndet um sich. Die Gräben zwischen den Meinungslagern werden tiefer. **Und hier liegt der Widerspruch:** Unsere Gesellschaft wird immer heterogener, vielfältiger, bunter – ein Medley unterschiedlicher Kulturen, Sprachen, Lebensentwürfe. Gleichzeitig erleben wir eine zunehmende Polarisierung in der Politik, eine Verschärfung der Fronten, die dieser gesellschaftlichen Vielfalt diametral entgegengesetzt ist. Aus dem Orchester droht ein Ensemble von Solisten zu werden, jeder versunken in seiner eigenen Partitur, taub für die Melodien der anderen.

Wie können wir verhindern, dass unser Orchester im Chaos versinkt? Indem wir die Partitur der

Bundesverfassung neu lesen. Vor genau 25 Jahren trat sie in nachgeführter Form in Kraft – eine «neue» Verfassung für ein neues Jahrhundert, die die Grundwerte alten Zusammenlebens übernahm: Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Föderalismus. Eine **besondere Verantwortung kommt natürlich uns Politikern** zu, als Leadstimmen im Monsterkonzert Schweiz. Aber nicht nur wir – ein jeder von uns trägt Verantwortung dafür, dass die Schweiz ein Land bleibt, das Freiheit, Sicherheit und Chancen für alle bietet, wie ein vielstimmiges Orchester auf der ständigen Suche nach dem Vielklang in Harmonie.

Ausschnitte der Rede von Ständeratspräsident Andrea Caroni anlässlich des Regierungsseminars von 8. bis 9. Januar 2025 in Interlaken.



Hier geht es zur gesamten Rede.



Andrea Caroni, Ständeratspräsident



Die eidgenössische Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» der Juso vernichtet den Schweizer Wohlstand und führt zu massiven Steuererhöhungen für den Mittelstand. Dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden würden Milliarden von Franken fehlen: in den Schulen, bei der öffentlichen Sicherheit und sogar im Klimaschutz.

Das fordert die Juso-Enteignungsinitiative

Die Jungsozialisten (Juso) und ihre Verbündeten fordern eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögen ab 50 Millionen Franken. Diese Steuer soll ohne Ausnahmen gelten und zusätzlich zu allen bestehenden kantonalen Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern erhoben werden.

Brisant ist auch die geforderte sofortige Umsetzung: Die Enteignung soll ab dem Tag der Abstimmung

gelten, noch bevor sich Bundesrat und Parlament mit der Umsetzung befassen konnten. So wenig ist den Jungsozialisten unsere Demokratie wert!

In Wahrheit will die Linke unter dem Vorwand des Klimaschutzes schlicht und einfach die grössten Vermögen enteignen – ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für die Schweiz – und ihr sozialistisches Wirtschaftsmodell durchsetzen. Klar ist, dass die Initiative eine Auswanderungswelle aus-

löst, die enorme Löcher in den Staatsfinanzen hinterlässt. Laut Zahlen des Bundes würden durch eine solche Steuer jährlich bis zu 3,7 Milliarden Franken an Steuereinnahmen verloren gehen.

Der Bundesrat und der Nationalrat empfehlen die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Der Ständerat wird in der Sommersession entscheiden. Die Volksabstimmung könnte so am 30. November stattfinden.

Nein zu neuen Steuern für den Mittelstand und KMU

Entgegen den ideologischen Behauptungen der Sozialistinnen und Sozialisten werden nicht die Reichsten zur Kasse gebeten. Diese haben die Möglichkeiten, ihren Wohnsitz ins Ausland zu verlegen. Es sind der Mittelstand und die kleineren und mittleren Unternehmen, die letztlich die Steuerausfälle kompensieren müssen. In Zeiten allgemeiner Teuerung ist es inakzeptabel, dass gerade diejenigen, die zum Wohlstand der Schweiz beitragen, mit neuen Steuerbelastungen konfrontiert werden.

Die FDP setzt sich mit aller Kraft gegen diese Initiative ein

Die FDP lehnt die Juso-Enteignungsinitiative entschieden ab und führt den bürgerlichen Widerstand der NEIN-Allianz an. Parallel zur Frühjahrssession von National- und Ständerat im März hat die FDP die erste Welle der FDP-Kampagne lanciert. Sie ergänzte das Lobbying im Bundeshaus und trug die Debatte in die Öffentlichkeit.

Die dreiwöchige Kampagne brachte unsere Kernbotschaft klar auf den Punkt: Am Ende zahlt der Mittelstand die Steuerausfälle.

«Am Ende zahlt der Mittelstand die Steuerausfälle.»

Mit diesem frühen Start betonte die FDP die zentrale Bedeutung, dieses Themas. Die FDP setzt alles daran, den Mittelstand vor neuen Steuern zu schützen und den Zwangsverkauf von Familienunternehmen zu verhindern.

FDP
Die Liberalen

**Män kann es drehen,
wie man will.**

**Am Ende bezahlt der Mittelstand
die Steuerausfälle.**

Fakten bleiben Fakten: Die milliardenschweren Steuerausfälle der Juso-Enteignungsinitiative fallen zurück auf den Mittelstand. Wenn die besten Steuerzahler durch die 50%-Erbchaftssteuer zur Auswanderung getrieben werden, fehlen in den Kassen von Gemeinden, Kantonen und Bund jedes Jahr bis zu 3'700'000'000 Franken.

- Die FDP schützt den Mittelstand vor neuen Steuern.
- Die FDP verhindert den Zwangsverkauf von Schweizer Familienunternehmen.
- Die FDP verhindert den Kahlschlag beim Service Public.



Scannen und mitmachen:
Hier geht's zum
Testimonial-Generator.

**Nein zur Juso-
Enteignungsinitiative**

juso-enteignungsinitiative.ch



Nadine Racine,
Campaignerin

Die Juso-Enteignungsinitiative gefährdet Familienunternehmen und KMU

Stimmen von Schweizer Unternehmerinnen und Unternehmern

Die Enteignungsinitiative und die damit verbundene Erbschaftssteuer treffen Schweizer Familienunternehmen besonders hart und gefährden deren Existenz. Hinter jedem dieser Unternehmen stehen Schweizerinnen und Schweizer, die sich für unser Land und die Bevölkerung einsetzen, sei dies durch Arbeitsplätze, Dienstleistungen oder Innovation.

FDP
Die Liberalen

Andrea Abderhalden
Kantonsrätin

Ich will den **Mittelstand vor neuen Steuern schützen** und sage darum **NEIN**. Die Juso-Enteignungsinitiative führt zur Abwanderung der grössten Steuerzahler.

Nein zur Juso-Enteignungsinitiative

FDP
Die Liberalen

Yannick Berner
Unternehmer und Grossrat AG

Ich will den **Zwangsverkauf von Schweizer Familienunternehmen verhindern** und sage darum **NEIN**. Die Juso-Enteignungsinitiative gefährdet unsere KMU.

Nein zur Juso-Enteignungsinitiative

juso-enteignungsinitiative.ch

Verfassen Sie jetzt ein Testimonial und helfen Sie uns, unsere KMU und Familienunternehmen zu schützen!

FDP
Die Liberalen



Janine Hubschmid
Stv. Geschäftsführerin & Nachfolgerin
Familienunternehmen

Ich will den **Zwangsverkauf von Schweizer Familienunternehmen verhindern** und sage darum **NEIN**. Die Juso-Enteignungsinitiative gefährdet unsere KMU.

Nein zur Juso-Enteignungsinitiative

FDP
Die Liberalen



Georges Kern
CEO Breitling

Die JUSO-Enteignungsinitiative gefährdet die Existenz Schweizer KMU und deren Arbeitsplätze, und führt zur Abwanderung der grössten Steuerzahler.

Nein zur Juso-Enteignungsinitiative

FDP
Die Liberalen



Nicole Loeb
Chefin & Miteigentümerin Loeb Warenhausgruppe

Familienunternehmen investieren in Innovation und schaffen Arbeitsplätze. Eine solche Erbschaftssteuer würde das verhindern und die Firma in ihrer Existenz gefährden.

Nein zur Juso-Enteignungsinitiative

juso-enteignungsinitiative.ch

NEIN zum Verbot internationaler Adoptionen!

Interview mit Nationalrat Simone Gianini

Bundesrat und Justizminister Beat Jans will, dass Schweizerinnen und Schweizer künftig keine Kinder mehr aus dem Ausland adoptieren dürfen. Die FDP stellt sich entschieden gegen dieses Verbot.

Nationalrat Simone Gianini und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter konnten kürzlich einen wichtigen Etappensieg erringen: Die Mehrheit der Rechtskommission des Nationalrats (RK-N) spricht sich gegen das geplante Verbot aus – und folgt damit der Haltung der FDP.

1 Simone, wieso bekämpft die FDP das von Bundesrat Beat Jans geplante Verbot internationaler Adoptionen?

Die FDP ist grundsätzlich gegen Verbote – insbesondere dann, wenn sie wie in diesem Fall falsch, unverhältnismässig und kontraproduktiv sind. Ende Januar 2025 hat der Bundesrat entschieden, internationale Adoptionen in der Schweiz künftig verbieten zu wollen. Begründet wurde dieser Entscheidung damit, dass ein generelles Verbot notwendig sei, um Kinder in den Herkunftsländern vor Missbrauch zu schützen.

Dieser Ansatz ist aber falsch: Ein generelles Verbot schützt die Kinder nicht besser – im Gegenteil. Es verbaut ihnen diese zusätzliche Schutzmassnahme und die Chance auf ein besseres Leben in der Schweiz. Ein solcher Schritt widerspricht unserer humanitären Tradition, unserer lösungsorientierten Haltung und dem liberalen Grundverständnis von Offenheit und Verantwortung.

2 Bundesrat Jans hat aufgezeigt, dass Missbräuche stattfanden.

Das stimmt. Studien haben erhebliche Missstände in den 1970er- bis 1990er-Jahren aufgezeigt. Diese müssen aufgearbeitet werden – insbesondere durch den aktiven Einbezug von Adoptivkindern, welche teilweise noch heute auf der Suche nach ihrer Herkunft sind.



Bild: Simone Gianini, Nationalrat

«Ein generelles Verbot schützt die Kinder nicht besser – im Gegenteil. Es verbaut ihnen diese zusätzliche Schutzmassnahme, sowie die Chance auf ein besseres Leben in der Schweiz.»

Seither wurden die Rahmenbedingungen zu Recht deutlich verschärft. Die Verfahren sind heute streng reguliert und dauern oft mehrere Jahre. Zudem hat das Haager Übereinkommen zum Schutz

von Kindern die Zahl der als vertrauenswürdig anerkannten Herkunftsländer deutlich reduziert. Heute finden in der Schweiz nur noch einige Dutzend internationale Adoptionen pro Jahr statt – unter klar definierten überprüfbaren Voraussetzungen. Indem diese Kontrollen verbessert werden, lassen sich Missbräuche verhindern.

Die richtige Antwort auf frühere Fehler besteht also nicht darin, sich aus dem System zurückziehen, sondern es weiterhin gezielt zu verbessern. Denn für einige Kinder ist eine internationale Adoption nach wie vor die einzige reale Schutzmassnahme und Zukunftsperspektive. Genau dafür setzt sich die FDP ein.

3 Eure Motion kommt nun ins Parlament. Wie schätzt du die Chancen ein? Kann die FDP dieses Verbot verhindern?

Die Rechtskommission hat unsere Motion gegen das Verbot mit 19 zu 6 Stimmen unterstützt. Die solide parteiübergreifende Mehrheit ist ein starkes Zeichen an den Bundesrat. Wenn die Parteien dem Votum ihrer Kommissionsvertreter folgen, stehen die Chancen gut, dass das Verbot im Parlament verhindert wird. Dies dank der Anstrengungen der FDP-Delegation in der RK-N und unserer Partei, welche sich als erste Partei auf nationaler Ebene entschieden gegen ein Verbot internationaler Adoptionen ausgesprochen hat.



Fanny Dietschi, Verantwortliche Freisinn

Bild: Symbolbild Polizei



Nein zum links-grünen Angriff auf unsere Polizei!

Die Kriminalität in der Schweiz nimmt zu!

Links-Grün will unsere Polizei entwaffnen. Ausgerechnet jetzt, wo die Kriminalität in unserem Land zunimmt. Die FDP und über 25 000 Bürgerinnen und Bürger wehren sich dagegen.

Die rot-grüne Mehrheit im Lausanner Parlament ist ausser Rand und Band: Sie fordert, dass die Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten in Zukunft ohne Waffe unterwegs sind. Die FDP hat umgehend reagiert und setzt sich für eine handlungsfähige Polizei und den Schutz unserer Bevölkerung ein.

Meyer, Wermuth und Mazzone tauchen unter

Innert einer Woche konnten wir über 25 000 Menschen mobilisieren, die gegen diesen links-grünen Irrsinn kämpfen. Gemeinsam mit ihnen haben wir

ein Schreiben Mattea Meyer (SP), Cédric Wermuth (SP) und Lisa Mazzone (Grüne) gesendet, welche jedoch alle drei untergetaucht sind. Gleichzeitig sprechen die Zahlen der jüngsten Kriminalstatistik eine klare Sprache (siehe Box oben.) Wir bleiben dran! Die gefährliche Idee von Links-Grün darf sich nicht auf andere Städte ausbreiten. Deshalb hat die FDP-Fraktion eine Interpellation an das von Bundesrat Beat Jans geleitete Polizeidepartement gerichtet. Unsere Polizistinnen und Polizisten müssen jederzeit schnell und effizient auf gefährliche

Die Kriminalität in der Schweiz nimmt zu:

- +19% bei schweren Gewaltstraftaten: Das Bundesamt für Statistik hat besonders bei schwerer Körperverletzung und Vergewaltigungen einen enormen Zuwachs registriert.
- Häusliche Gewalt: Im Vergleich zum Vorjahr nahmen Fälle von schwerer Körperverletzung um 20 Prozent zu, Vergewaltigungen um 30 Prozent.
- Europäische Städte verzeichneten 2023 und 2024 einen starken Anstieg von Terroranschlägen, welche auch in der Schweiz eine reale Gefahr darstellen.

Situationen reagieren können – für die Sicherheit unserer Bevölkerung und zum eigenen Schutz.



Matia Demarmels, Kommunikationschef

Stop aux attaques contre nos policières et nos policiers

Madame la Présidente, Chère Lisa,

Comme de nombreux citoyennes et citoyens de notre pays, nous avons été choqués que vos élus lausannois aient unanimement voté en faveur du désarmement de la police.

À l'heure où la violence et les féminicides augmentent, vouloir désarmer la police est irresponsable et témoigne d'une grande méconnaissance du terrain et des menaces quotidiennes auxquelles la population et les forces de l'ordre sont confrontées. Ce constat est partagé par les plus de 28'000 personnes qui ont déjà signé la pétition du PLR contre le désarmement de la police, signe de la confiance dont bénéficient les forces de l'ordre au sein de la population.

Rien qu'en 2023, 2057 cas de violences graves ont été enregistrés en Suisse, soit une augmentation de 5,9% par rapport à l'année précédente.

Les policières et les policiers exercent un métier difficile et dangereux. Ils s'engagent quotidiennement avec professionnalisme pour notre sécurité et le bien commun. Nos forces de l'ordre méritent d'être correctement équipées et de bénéficier du plein soutien des autorités politiques.

Par respect et solidarité envers les policières et les policiers qui peuvent être amenés à risquer leur vie pour protéger la nôtre, nous vous invitons donc à publiquement rejeter cette expérimentation sociale dangereuse de vouloir désarmer la police avant qu'elle ne se propage dans d'autres villes suisses.

Dans l'attente de vous lire, nous vous adressons nos meilleures salutations

PLR Les Libéraux Radicaux

Thierry Burkart
Conseiller aux Etats et Président du PLR

Danielle Cottier
Conseillère nationale et Présidente du groupe PLR des Chambres fédérales

Stop aux attaques contre nos policières et nos policiers

Madame, Monsieur les Co-Présidents, Chère Mattea, Cher Cédric,

Comme de nombreux citoyennes et citoyens de notre pays, nous avons été choqués que vos élus lausannois aient unanimement voté avec les Verts et l'extrême gauche en faveur du désarmement de la police.

À l'heure où la violence et les féminicides augmentent, vouloir désarmer la police est irresponsable et témoigne d'une grande méconnaissance du terrain et des menaces quotidiennes auxquelles la population et les forces de l'ordre sont confrontées. Ce constat est partagé par les plus de 28'000 personnes qui ont déjà signé la pétition du PLR contre le désarmement de la police, signe de la confiance dont bénéficient les forces de l'ordre au sein de la population.

Rien qu'en 2023, 2057 cas de violences graves ont été enregistrés en Suisse, soit une augmentation de 5,9% par rapport à l'année précédente.

Les policières et les policiers exercent un métier difficile et dangereux. Ils s'engagent quotidiennement avec professionnalisme pour notre sécurité et le bien commun. Nos forces de l'ordre méritent d'être correctement équipées et de bénéficier du plein soutien des autorités politiques.

Par respect et solidarité envers les policières et les policiers qui peuvent être amenés à risquer leur vie pour protéger la nôtre, nous vous invitons donc à publiquement rejeter cette expérimentation sociale dangereuse de vouloir désarmer la police avant qu'elle ne se propage dans d'autres villes suisses.

Dans l'attente de vous lire, nous vous adressons nos meilleures salutations

PLR Les Libéraux Radicaux

Thierry Burkart
Conseiller aux Etats et Président du PLR

Danielle Cottier
Conseillère nationale et Présidente du groupe PLR des Chambres fédérales

Deshalb hat die FDP zum Schutz unserer Bevölkerung eine Petition gestartet und sagt: «NEIN zur Entwaffnung unserer Polizei!»

DEJAN INTERPELLATION	
Désarmer la police : Quelle est l'évaluation du Conseil fédéral concernant cette initiative de la gauche ?	
Exposé par	GROUPE LIBÉRAL-RADICAL
Orateur	DR SCHÄTZING ANSCHÜTZ
Date de dépôt	21.03.2025
Exposé sur	Conseil national
Date des délibérations	21.04.2025

Verteidige deine Altersvorsorge!

Mut zur Erneuerung und zur Effizienz



Auf Druck der Linken erwägt der Bundesrat, Kapitalbezüge in der zweiten und der dritten Säule schärfer zu besteuern. Die FDP kämpft konsequent für die Interessen des sparenden Mittelstandes und wehrt sich gegen neue Steuern.

Der Bund hat ein Ausgabenproblem. Es ist die Pflicht aller Politikerinnen und Politiker, die Bundesfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Doch anstatt

konsequent zu sparen, soll nun der Mittelstand mit noch mehr Steuern belastet werden. Bereits im September 2024 verhinderten die SP und die SVP eine

dringend nötige Reform der zweiten Säule, welche besonders Frauen und Teilzeitarbeitende besser versichert hätte. Und nun soll noch eine Vorsorgesteuer auf das eigenverantwortliche Sparen in der dritten Säule hinzukommen. Doch wer sein Leben lang hart arbeitet und aktiv für den eigenen Ruhestand spart, darf nun nicht noch stärker zur Kasse gebeten werden!

Die FDP wird jeden Angriff auf unser Drei-Säulen-System in der Altersvorsorge abwehren und sich konsequent für die Interessen des Mittelstandes einsetzen.

Deshalb fordern wir:

1. Personen mit Beitragslücken in der dritten Säule sollen diese nachträglich schliessen dürfen. Dies stärkt besonders auch die Vorsorge derjenigen, die in jungen Jahren kein 3a-Konto hatten, als Selbstständigerwerbende die Mittel dafür nicht aufbringen konnten oder mangels AHV-pflichtigen Einkommens (z. B. Mutterschaft oder Ausbildung) nicht einzahlen konnten.
2. Einführung von Teilbezugsmöglichkeiten von Vorsorgegeldern.
3. Tiefe Einkommen sollen ebenfalls in der beruflichen Vorsorge versichert sein.
4. Die systemfremde Umverteilung im BVG muss gestoppt werden.

Der Staat muss endlich das Sparen lernen und nicht den Bürgern das Sparen vermiesen.

Unterzeichnen Sie deshalb jetzt die Petition zum Schutz unseres Vorsorgevermögens – NEIN zur Vorsorgesteuer!

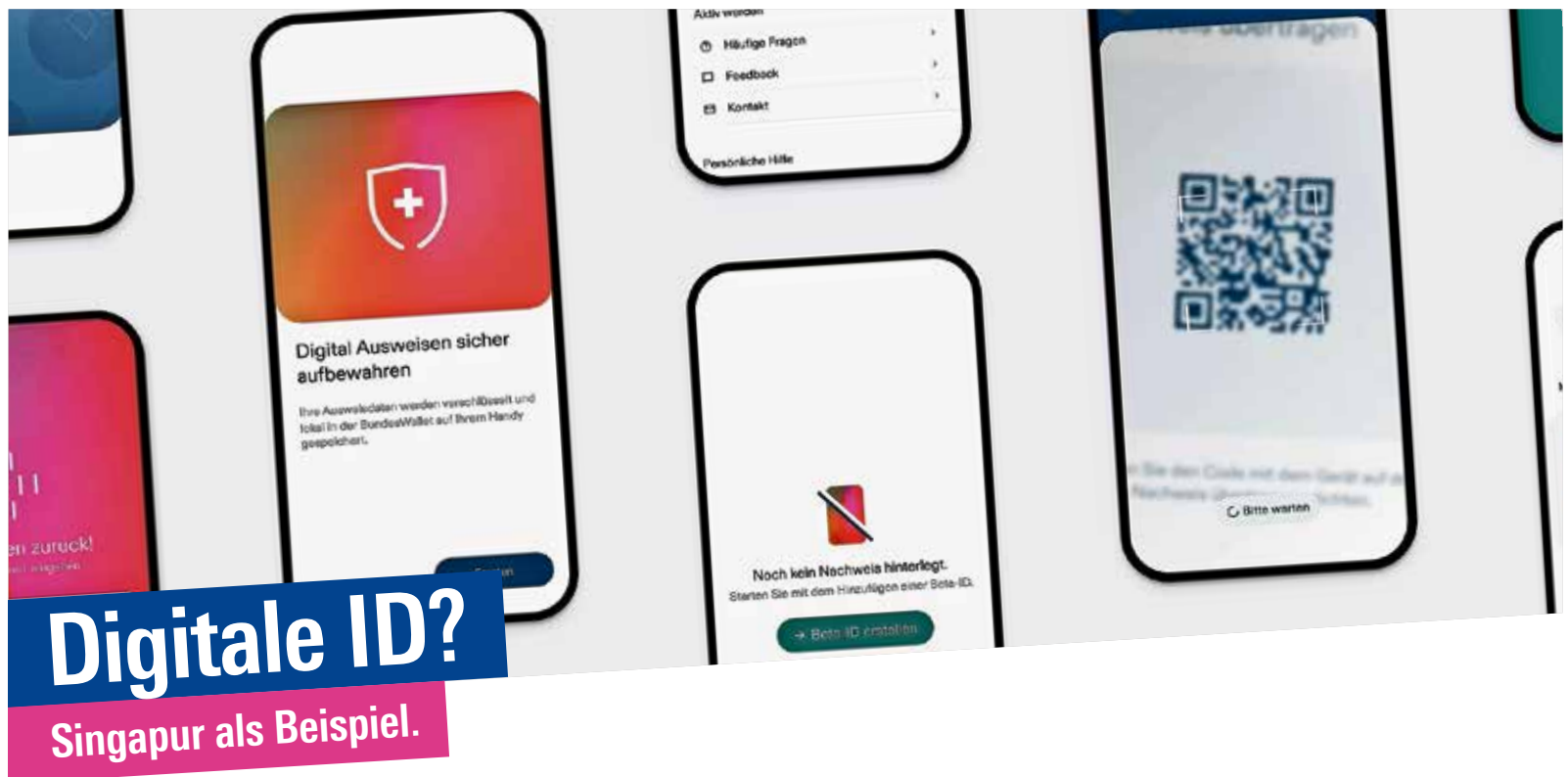


Hilf uns jetzt, Druck auf den Bundesrat auszuüben und so unsere Altersvorsorge zu retten! Erstelle in wenigen Schritten deine persönliche Vernehmlassungsantwort!



Christopher Ulmer,
Kommunikationschef lateinische Schweiz

Visualisierungen der geplanten Schweizer e-ID, Bild: eid.admin.ch



Digitale ID?

Singapur als Beispiel.

Während wir in der Schweiz noch auf die Einführung der elektronischen ID warten, haben mehrere Länder bereits erfolgreich ähnliche Systeme etabliert. «Singpass» aus Singapur ist ein hervorragendes Beispiel dafür, welchen Nutzen die Digitalisierung sowohl für Bürger als auch für die Wirtschaft mit sich bringt.

Was ist die e-ID «Singpass»?

Singpass ist seit 2017 das offizielle digitale Identitätssystem Singapurs. Es ermöglicht den Bürgern, sicher auf eine Vielzahl von Regierungsdiensten und Anwendungen des privaten Sektors zuzugreifen, und das mit einer einzigen digitalen Identität. Die Authentifizierung erfolgt über mobile Geräte oder Webbrowser, wodurch die Notwendigkeit mehrerer Passwörter entfällt. Mit über 2700 integrierten Dienstleistungen verbessert Singpass den Komfort der Nutzer, während gleichzeitig Datensicherheit und Datenschutz priorisiert werden.

Welche Vorteile hat eine e-ID?

In Singapur können neben den Behörden auch verschiedene private Dienstleistungen effizient verwaltet werden. Eine neue Kreditkarte beantragen? Dank Singpass ist dies in wenigen Minuten möglich, und die Bank erhält die verifizierten Daten, die der Benutzer freigeben muss. Die Digitalisierung führt zudem zu einer erheblichen Reduzierung des Papierverbrauchs und vereinfacht Prozesse – sowohl für Nutzer als auch für Behörden und Unternehmen. Ähnliche digitale IDs sind in vielen Ländern verbreitet, insbesondere in Asien. Entgegen gewisser Bedenken erhöht die Digitalisierung die Sicherheit, sofern der Datenschutz gewährleistet ist.

Datensicherheit – Beispiel Singapur

Singapur sichert die Daten von Singpass durch Zwei-Faktor-Authentifizierung und fortschrittliche Verschlüsselungstechnologien. Diese Massnahmen gewährleisten den Schutz der privaten Informationen der Nutzer. Zudem unterliegt Singpass strengen Datenschutzrichtlinien und wird regelmässig auf Sicherheitsrisiken überprüft. Die Nutzer werden auch über Sicherheitsrichtlinien informiert, um deren Bewusstsein für potenzielle Risiken zu schärfen.

Die FDP International unterstützt die e-ID

Die FDP setzt sich aktiv für die Digitalisierung ein. Insbesondere die FDP International hat seit Jahren auf die Nachfrage von Schweizer Bürgern im Ausland hingewiesen, dass die Schweiz in der Digitalisierung Nachholbedarf hat. Neben der e-ID bleibt auch das e-Voting ein wichtiger Schritt in die Zukunft.

Das korrekte Verhalten der Nutzer ist entscheidend, und die Schweiz hat hier Aufholbedarf. Während viele Schweizer bereitwillig persönliche Informationen über soziale Medien oder verschiedene Apps mit Fremden teilen, wird dem Staat oft nicht das notwendige Vertrauen hinsichtlich des Datenschutzes entgegengebracht. Dieses Problem

muss angesprochen werden, und die FDP International hofft, dass die geplante Schweizer e-ID im kommenden Jahr erfolgreich lanciert wird und die Bedenken überwunden werden können.

Erfolge im Ausland als Inspiration

«Singpass» zeigt, wie digitale Identitäten den Zugang zu Regierungsdiensten revolutionieren können. Für die Schweiz ist dieses System ein gutes Beispiel dafür, wie digitale Lösungen administrative Prozesse effizienter gestalten können. Die Vorteile von Zugänglichkeit, Sicherheit und der Konsolidierung von Dienstleistungen sind auch für die Schweiz relevant. Die Integration mit privaten Anbietern in Asien zeigt, dass eine wechselseitige Inspiration im digitalen Bereich möglich und wünschenswert ist.



Urs Brudermann,
Vorstand FDP International

Bilder: Kongress 2025, 21. bis 23. März in Davos



Von 21. bis 23. März 2025 versammelten sich über 250 engagierte junge Liberale sowie zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in Davos. Gemeinsam wurden Parolen gefasst, Sachanträge beraten und politische Visionen weiterentwickelt – stets begleitet vom persönlichen Austausch, der keineswegs zu kurz kam.



Die Schuldenbremse im Fokus

Eröffnet wurde der Kongress am Freitagabend mit einem Fachreferat zur Schuldenbremse. Dr. Martin Mosler, Bereichsleiter für Fiskalpolitik am Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) der Universität Luzern, betonte eindrücklich die Notwendigkeit einer disziplinierten Steuerung staatlicher Ausgaben – gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel und die wachsenden Begehrlichkeiten innerhalb der Politik.

Impulse aus Politik und Wirtschaft

Als politische Kraft, die Anliegen aus Gesellschaft und Wirtschaft ernst nimmt, durften wir auch dieses Jahr hochkarätige Referentinnen und Referenten begrüßen.

Dr. Severin Schwan, Verwaltungsratspräsident von Roche, gewährte Einblicke in die strategischen Herausforderungen eines global tätigen Unternehmens in einem dynamischen Umfeld. Seine Perspektiven zu Forschung, Innovation und Unternehmertum stiessen auf grosses Interesse.

Mit Altbundesrat Kaspar Villiger durften wir eine prägende Persönlichkeit der Schweizer Politik willkommen heissen. In einem pointierten Referat beleuchtete er die Rolle der Schweiz in einer zunehmend instabilen Weltordnung und hob die Bedeutung einer nachhaltigen Finanzpolitik hervor – als Voraussetzung für Handlungsspielräume in künftigen Krisen.

Ein besonderer Höhepunkt war ferner die Anwesenheit von Nationalratspräsidentin Maja Riniker und Ständeratspräsident Andrea Caroni.

200 Franken sind genug!

Ein wichtiges inhaltliches Thema am Kongress des Jahres 2025 war die SRG-Halbierungsinitiative. Die Delegierten sprachen sich klar für die Ja-Parole aus – denn: 200 Franken sind genug! Das heutige SRG-Angebot vermag die Informationsbedürfnisse junger Menschen kaum abzudecken. Die gegenwärtige Finanzierung führt zu einer Umverteilung zulasten der jungen Generation – höchste Zeit, diese Zwangsabgabe zu bremsen.

Premiere: Die erste freisinnige Fashionshow

Ein besonderes Highlight abseits der politischen Debatten war die Lancierung unseres neuen Merchandise. Im Rahmen der ersten freisinnigen Fashionshow präsentierten Mitglieder die neue Kollektion der Jungfreisinnigen Schweiz. Begleitet von Musik und visuellen Projektionen, verband der Auftritt liberale Haltung mit modernem Street-Look.

Ein Abschied mit Applaus

Der Sonntagmorgen war den statutarischen Geschäften gewidmet. Neben der Abnahme des Jahresberichts und der Finanzrechnung standen auch die Vorstandswahlen auf dem Programm.

Die Jungfreisinnigen wählten Pauline Blanc (VD) zu ihrer neuen Vizepräsidentin. Die 23-jährige Juristin studierte Recht an der Universität Lausanne. Nach vier Jahren im Vorstand der Jungfreisinnigen Waadt, zuletzt als Präsidentin, entschied sich Pauline Blanc, nun auch auf nationaler Ebene Verantwortung zu übernehmen.

Blanc folgt auf den Tessiner Daniel Mitric, der sich nach zwei Jahren als Vizepräsident nicht mehr zur Verfügung stellte. Die Partei spricht Daniel Mitric ihren herzlichen Dank für seine geleistete Arbeit und sein Engagement für die Freiheit aus.

Die anderen Vorstandsmitglieder wurden allesamt einstimmig in ihren Ämtern bestätigt.

Gemeinsam für eine liberale Zukunft

Der Kongress in Davos hat eindrucksvoll gezeigt, dass die Jungfreisinnigen Verantwortung übernehmen – inhaltlich fundiert, kritisch reflektiert und zukunftsgerichtet. Zwischen Debatten über Staatsfinanzen, medienpolitischen Fragen und liberalen Reformansätzen standen der Dialog und die inhaltliche Auseinandersetzung stets im Zentrum. Wir Jungfreisinnigen kämpfen weiter – für die liberale Schweiz von morgen.



Eleah Paetsch,
Generalsekretärin Jungfreisinnige

Bettina Balmer wurde einstimmig per Akklamation zur neuen Präsidentin der FDP Frauen Schweiz gewählt.
Bild: GV FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz



Präsidentinnenwechsel und Individualbesteuerung

Wechsel bei den FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Bettina Balmer wurde einstimmig zur neuen Präsidentin gewählt. Am 8. März 2025 versammelten sich die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz zur Generalversammlung im Grossratsgebäude in Aarau – ein symbolträchtiges Datum, da die Veranstaltung auf den Internationalen Frauentag fiel. Ein Tag, der für Gleichberechtigung und Fortschritt steht – Werte, die auch die FDP Frauen vertreten.

Ein zentraler Moment der Generalversammlung war der Präsidentinnenwechsel: Nach Jahren engagierter Führung übergab Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher das Amt an Bettina Balmer. Die abtretende Präsidentin aus dem Kanton St. Gallen prägte

die FDP Frauen Schweiz in ihrer Amtszeit insbesondere mit der Individualbesteuerungsinitiative. Dafür gebührt ihr grosser Dank. Mit Bettina Balmer übernimmt eine weitere profilierte FDP Politikerin das Präsidium. Die Kinderchirurgin und Nationalrätin



Präsidentinnenwechsel bei den FDP Frauen Schweiz:
links: neue Präsidentin Bettina Balmer
rechts: bisherige Präsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher



Geschäftsführerinnenwechsel:
Präsidentin Bettina Balmer (links) und
Geschäftsführerin Céline Büchel der
FDP Frauen Schweiz

aus Zürich engagierte sich bereits als Präsidentin der FDP Frauen Kanton Zürich intensiv für die Anliegen liberaler Frauen. Ihr tiefgehendes Verständnis für nationale Politik, ihr starkes Netzwerk und ihre klare, freisinnig-liberale Haltung machen sie zur idealen Nachfolgerin.

Die Geschäftsleitung der FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz sprach ihr einstimmig die Empfehlung aus – eine Einschätzung, die von den Mitgliedern mit einer ebenso einstimmigen Wahl bestätigt wurde. Herzliche Gratulation, Bettina Balmer!

Die FDP Frauen bleiben ihrer progressiven, freisinnig-liberalen Politik treu

Im Fokus stehen weiterhin die Individualbesteuerung und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir stehen ein für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit, faire Renten, Gendermedizin, Bildung und Sicherheit. Gleichberechtigung erachten wir als selbstverständlich – jede Frau in der Schweiz soll ihren individuellen Lebensweg frei wählen können.

Die Individualbesteuerung bleibt im Fokus

Die Individualbesteuerung ist für die FDP Frauen Schweiz auch unter dem neuen Präsidium eine Herzensangelegenheit und eine der ganz wichtigen Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Mit grossem Interesse verfolgen wir die Verhandlungen im Parlament und haben mit einem gewissen Erstaunen das Ränkespiel der Mitte im Ständerat zur Kenntnis genommen. Um so mehr freuen wir uns über die Standhaftigkeit der FDP Ständeräte. Nun gilt es, die Individualbesteuerung respektive den bundesrätlichen Gegenvorschlag dazu sicher ins Ziel bringen. Wir bleiben dran und sind zuversichtlich: JA zur Individualbesteuerung!

Wechsel in der Geschäftsführung

Auch in der Geschäftsführung gab es ab dem 1. April 2025 einen Wechsel: Flavia Aebli übergab die Rolle an Céline Büchel. Mit ihrer langjährigen Erfahrung als Strategieberaterin in renommierten Unternehmen und ihrer Tätigkeit als Dozentin an der Universität Zürich für Chemie und Wirtschaft bringt Céline Büchel wertvolle Expertise mit, um die FDP Frauen weiter voranzubringen – insbesondere dank ihrer strategischen Ausrichtung und ihrem Wissen im MINT-Bereich.



Céline Büchel, Geschäftsführerin FDP Frauen

Bild: Symbolbild generiert mit KI



Der Service Public ist eine zentrale Stärke der Schweiz. Doch in einer Zeit begrenzter Ressourcen und steigender Erwartungen braucht es mehr als Routine: nämlich Mut zur Erneuerung, Effizienz – und einen klaren Fokus auf das Wesentliche.

Der Service Public darf kein Selbstzweck sein

Wenn über den Service Public gesprochen wird, geht es schnell um Gefühle: Sicherheit, Gerechtigkeit, Verlässlichkeit. Diese Werte sind wichtig – und gerade in der Schweiz hat sich das Modell bewährt. Doch zwischen Postschalter und Onlineportal, zwischen Gemeindeschalter und Gesundheitswesen stellt sich zunehmend eine andere Frage: **Was braucht es wirklich – und was nicht mehr?**

Denn eines ist klar: Der Bedarf wächst, die Mittel nicht. Immer neue Anforderungen, komplexere Lebenslagen, digitale Ansprüche. Doch an vielen Orten wird vor allem das Bestehende verwaltet, nicht weitergedacht. Dabei wäre gerade jetzt die Zeit, den Service Public **nicht grösser, sondern besser** zu machen.

Effizienz ist kein Gegensatz zu Qualität

Gute öffentliche Leistungen müssen nicht zwangsläufig teuer oder schwerfällig sein. Im Gegenteil: Gerade dort, wo der Service Public konsequent auf Wirkung ausgerichtet wird, steigt nicht nur die Quali-

tät – sondern auch das Vertrauen der Menschen. Dafür braucht es klare Aufgaben, schlanke Strukturen und den Willen, Prozesse wirklich zu hinterfragen.

«Einen modernen Service Public erkennt man nicht an seiner Grösse – sondern an seiner Wirkung.»

Es geht nicht darum, den Staat zurückzudrängen. Sondern darum, ihn dort stark zu machen, wo er gebraucht wird – und ihn dort loszulassen, wo andere es besser können. Das bedeutet: Zusammenarbeit mit privaten Anbietern, Nutzung von technologischem Fortschritt, flexible Modelle in der Grundversorgung.

Digitalisierung ist kein Projekt – sondern eine Haltung

Die digitale Transformation ist längst Realität. In vielen Lebensbereichen sind digitale Angebote selbstverständlich – nur der öffentliche Sektor hinkt häufig hinterher. Dabei wäre gerade hier das Potenzial riesig: vereinfachte Verfahren, digitale Schnittstellen, schnellere Abläufe. Was fehlt, ist oft nicht das Know-how, sondern der Mut zur Umsetzung.

«Wer Digitalisierung richtig versteht, spart nicht nur Geld – sondern Zeit, Energie und Nerven.»

Wirklich bürgernahe Services beginnen nicht mit neuen Apps oder Podcasts, sondern mit der Frage: Was braucht die Bevölkerung – und wie können wir das einfacher, schneller und besser bereitstellen? Oft ist die Antwort einfacher, als man denkt.

Grundversorgung neu denken – ohne sie preiszugeben

Die Stärke des Schweizer Modells liegt darin, dass es niemanden zurücklässt. Das soll so bleiben. Doch der Anspruch, alle Leistungen überall in gleicher Form bereitzustellen, führt nicht immer zu Gerechtigkeit – sondern oft zu Verschwendung. Wer Grundversorgung sichern will, muss bereit sein, sie neu zu denken: digital, mobil, regional unterschiedlich – aber immer wirksam.

Die öffentliche Hand muss sich selbst die Frage stellen, die in jedem guten Unternehmen zentral ist: **Was bringt dem Kunden wirklich einen Nutzen?** Wer sich diese Frage ehrlich stellt, wird den Service Public nicht blind zurückbauen – sondern gezielt weiterentwickeln: zukunftsfähig, wirkungsorientiert und nah an den Menschen.



Simone Richner,
Präsidentin FDP Service Public

Luftabwehrsystem Patriot des US Rüstungskonzerns Raytheon Technologies, Symbolbild.



So schützen wir die Schweiz

7 Forderungen der FDP

In diesen Tagen erleben wir die gravierendsten sicherheitspolitischen Veränderungen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Die Ukraine wird feilgeboten, Putins Regime wird rehabilitiert und unter Trump ist unklar, ob Amerika dem europäischen Kontinent in Kriegszeiten noch zu Hilfe kommt. Die FDP präsentiert sieben Forderungen, um auch in Zukunft unsere Sicherheit zu schützen – und unsere Freiheit.

1 Kühlen Kopf bewahren

Wir erleben das Ende einer Ära. Wie die neue aussieht, weiss heute noch niemand. In dieser unsicheren und unübersichtlichen Übergangsphase braucht die Schweiz die Besonnenheit, um zu einer sorgfältigen Analyse zu kommen. Und die Geduld, um ihre Interessen strategisch zu verfolgen. Nur unter einer regelbasierten Weltordnung kann ein demokratischer, liberaler und exportorientierter Kleinstaat gedeihen.

2 Keine fremden Herrscher

Wenn die Mächtigsten die Welt unter sich aufteilen, zahlen die anderen den Preis.

Wir wollen nicht von Grossmächten beherrscht werden und folgen weder Autokraten wie Wladimir Putin noch rücksichtslosen Machtpolitikern wie Donald Trump. Zu viele in unserem Land lassen sich blenden von solchen starken, bestimmenden Figuren. Heute trifft es die Ukraine und Grönland. Morgen trifft es Polen oder die Schweiz.

3 Massiv mehr investieren

Unsere Armee braucht zusätzliche Milliarden für alle Dimensionen der Verteidigung. Ein Beispiel: Bald erhält die Schweiz zwei Patriot-Systeme, die uns vor Raketen- und Drohnenan-

griffen schützen sollen. Die Schweiz misst 41 000 km². Die beiden Patriots decken aber nur je 7500 km² ab. Würden wir Zürich und St. Gallen schützen, Basel und Bern oder Genf und Lausanne? Ganz zu schweigen von den Randregionen.

4 Antreten!

Jedes Jahr verliert die Armee über 6000 Personen an den Zivildienst. Während unsere Nachbarn aufrüsten, haben manche Schweizer WKs nicht mal einen Koch. Trotzdem schafft es der Bundesrat seit Jahren nicht, ein neues Dienstmodell vorzuschlagen. Dabei läge die Lösung auf dem Tisch: mehr Armee, mehr Zivil-

schutz. Und der Zivildienst wird in der heutigen Form abgeschafft.

5 Rüstungsindustrie retten
Zur bewaffneten Neutralität gehört eine wettbewerbsfähige Rüstungsindustrie, die ins Ausland exportieren kann. Nur haben Linke, Mitte und SVP das faktisch verboten. Die FDP fordert alle Parteien dazu auf, mit ihr das Kriegsmaterialgesetz anzupassen. Konkret muss die Wiederausfuhr von Waffen an Partnerländer unter bestimmten Voraussetzungen wieder möglich sein. Und zwar noch vor Ende dieses Jahres.

6 Üben für den Kriegsfall
Im Kriegsfall verteidigt die Schweiz ihr Territorium. Doch bspw. bei der Abwehr einer Rakete ist sie auf die Hilfe umliegender Länder angewiesen. Deshalb braucht es nun intensivierte Übungen mit der Nato, um die Abwehr z.B. eines russischen Angriffs zu trainieren. Schon General Guisan probte mit Frankreich das «Manöver H», bei dem die französische Armee Artilleriestellungen in der Schweiz bezogen hätte.

«Wir wollen nicht von Grossmächten beherrscht werden und folgen weder Autokraten wie Wladimir Putin noch rücksichtslosen Machtpolitikern wie Donald Trump.»

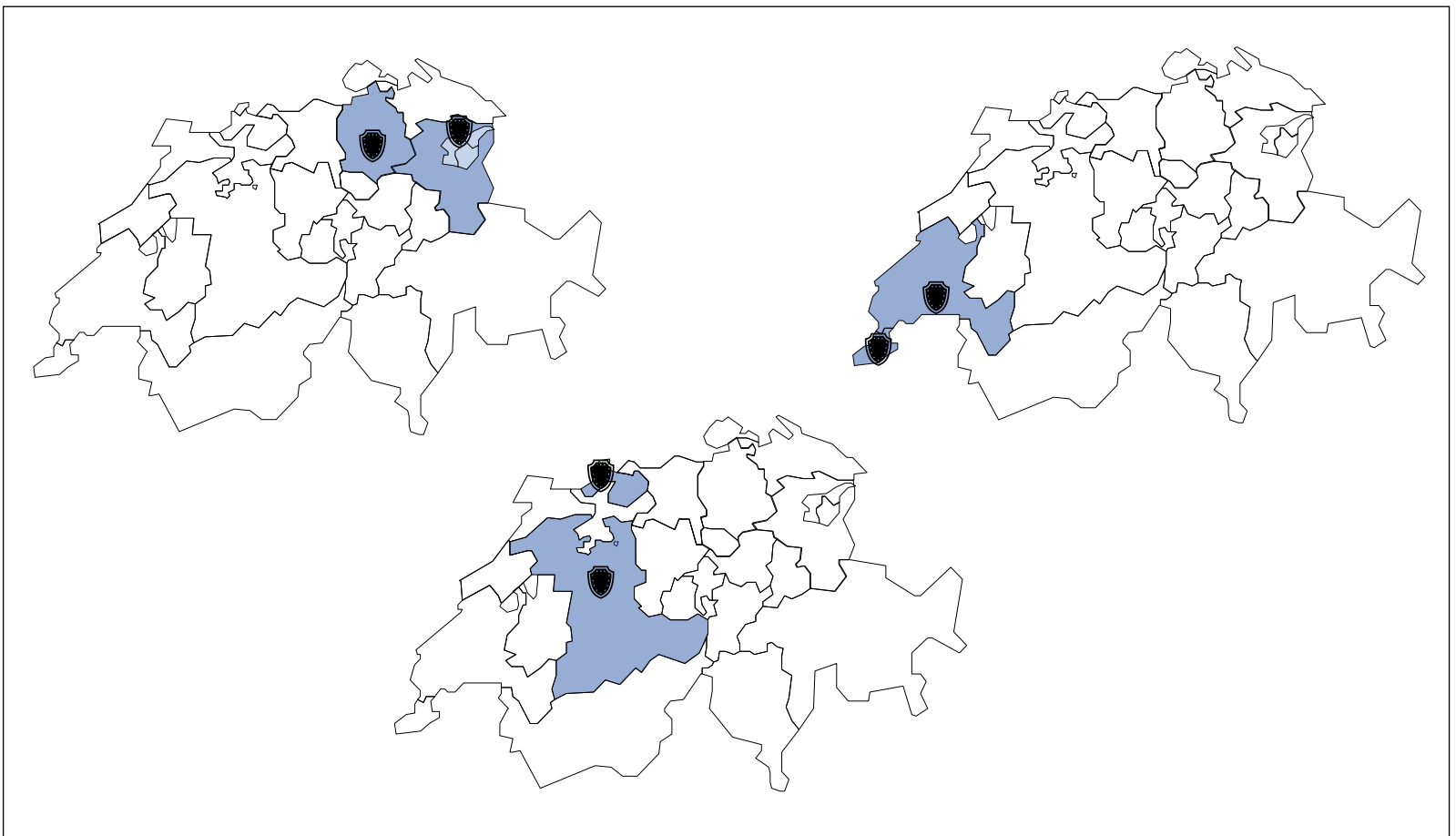
7 Lebendige Neutralität bewahren
Die bewaffnete Neutralität der Schweiz wird heute von beiden Polparteien bedroht.

Die SP will ohnehin die Armee abschaffen, noch letztes Jahr sprach die Partei von einem «Trachtenverein».

Die SVP will die Neutralität versteinern und den Bundesrat in ein starres Korsett zwingen. Ihre «Pro-Putin-Initiative» würde Autokraten stärken und es der Schweiz verunmöglichen, in Konflikten klug eigene Interessen zu wahren.

Statt sich wie die Armeeabschaffer der SP und die Putinverstehler der SVP hinter falschen Friedensmotiven zu verstecken und dem Aggressor nachzugeben, braucht es Mut. Den Mut der Liberalen, allen Appeasern zu widerstehen. Und den Mut der FDP, die Schweiz wieder sicher zu machen.

Heute und in Zukunft: Wir stehen unerschütterlich zu einer verteidigungsfähigen Armee, zu einer regelbasierten Weltordnung, zur Selbstbestimmung der Ukraine und zur bewaffneten Neutralität.



Welchen Teil der Schweiz schützen wir?

Bild generiert mit KI, Bild: FDP.Die Liberalen Schweiz



FDP Luzern setzt sich erfolgreich für den Erhalt der schriftlichen Abschlussprüfung in Allgemeinbildung ein.

Worum geht es?

Die Ankündigung, der Bund sehe in Zukunft von der schriftlichen Abschlussprüfung in Allgemeinbildung ab, stiess schweizweit auf breite Kritik.

Auch im Kanton Luzern war die Betroffenheit gross – bei Lehrbetrieben, Ausbilderinnen und Ausbildnern, Lernenden und Bildungsexperten. Dass schriftliche Prüfungen als wesentlich für die Sicherstellung der Bildungsqualität und als fester Bestandteil eines einheitlichen Qualifikationsverfahrens gelten und insbesondere auch die Chancengleichheit fördern, ist eine weit verbreitete Grundhaltung.

Für die FDP Luzern war klar: Es geht um mehr als eine Prüfungsform. Es geht um den Wert einer fundierten Allgemeinbildung als Teil der qualitativ hochstehenden Berufsbildung und letztlich um die Zukunft junger Fachkräfte.

Was tat die FDP Luzern?

Einen Guide zur Lancierung einer Petition durch eine Kantonalpartei.

Bereits seit einiger Zeit hegte die FDP Luzern den Plan, eine Petition zu einem aktuellen Thema zu lancieren. Die vom Bund angekündigte Streichung der schriftlichen Abschlussprüfung in Allgemeinbildung bot daher den idealen Anlass, dieses Vorhaben umzusetzen.

1. Die Partei reagierte prompt und initiierte eine **Online-Petition** gegen diesen Entscheid.

2. Die **Medien** griffen das Thema prominent auf, und die Verbreitung über die **sozialen Medien** funktionierte wie gewünscht. Innert drei Wochen unterstützten 444 Personen via Online-Petition das Anliegen.

3. Die Petition war zeitgleich ein gutes Instrument, mit den **Wählenden in Kontakt zu kommen** und auf die FDP Luzern aufmerksam zu machen.

In der Folge auf weitere schweizweite Aktivitäten durch die FDP lenkte der Bundesrat ein und übertrug die Entscheidungskompetenz über die Durchführung der schriftlichen Abschlussprüfung in Allgemeinbildung an die einzelnen Kantone.

Für die FDP Luzern war klar, dass ihr Einsatz nun konsequenterweise auf kantonaler Ebene fortgesetzt werden muss.

4. In der Märzsession 2025 reichte FDP-Kantonsrat Ronny Beck eine **überparteilich breit unterstützte Motion** ein, die den Regierungsrat auffordert, die schriftliche Abschlussprüfung im Fach Allgemeinbildung als festen Bestandteil des Qualifikationsverfahrens beizubehalten.

Die FDP Luzern verfolgt ihr Ziel, sich für eine starke und zukunftsfähige Berufsbildung einzusetzen, weiter – für eine Berufsbildung, die den Lernenden die besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt sichert.



Katja Häfliger,
Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Luzern

Medienkonferenz zur Kündigungsinitiative, v.l.: NR Christian Wasserfallen, NR Damien Cottier, SR Thierry Burkart, NR Jacqueline de Quattro, SR Damian Müller



Fehlende Arbeitskräfte und massive Asylmigration

Nein zur brandgefährlichen SVP-Kündigungsinitiative

Mit ihrer Kündigungsinitiative will die SVP den bewährten bilateralen Weg abbrechen. Ausgerechnet jetzt, wo Russland einen völkerrechtswidrigen Krieg führt und Trump den Welthandel sabotiert, sollen die alten, bewährten Verträge der Schweiz fallen. Die FDP wird die Initiative mit aller Kraft bekämpfen.

Wir befinden uns in unsicheren Zeiten und dürfen gerade jetzt die bewährten bilateralen Verträge mit der EU nicht zerstören. Die Schweiz und ihre Nachbarn können sich nicht mehr darauf verlassen, dass die USA Europa im Falle eines bewaffneten Konfliktes zu Hilfe eilt. Hinzu kommt die globale wirtschaftliche Unsicherheit, nachdem das Weisse Haus am 2. April scheinbar willkürliche Zölle erlassen hat. Ein Bruch mit unserem wichtigsten Handelspartner ohne Plan B ist deshalb nicht nur unverantwortlich, sondern auch gefährlich.

Weniger Arbeitskräfte, mehr Asylmigration

Eine Annahme der Kündigungsinitiative würde einen Asylkollaps provozieren. Denn die Schengen-Dublin-Verträge würden gekündigt, da diese auf der Personenfreizügigkeit aufbauen. Zehntausende in den Dublin-Staaten abgewiesene Migranten würden somit in die Schweiz kommen, da sie hier ein zweites Asylgesuch stellen dürften.

Spitäler kollabieren, Baustellen verwaisen, Bauern lassen ihre Ernten verrotten

Mit der Kündigungsinitiative nimmt der bereits heute akute Fachkräftemangel innert kürzester Zeit dramatische Ausmasse an. Auch die Landwirtschaft wäre massiv betroffen. Die Kündigungsinitiative ist ein Angriff auf unsere Versorgungssicherheit: Arbeits-

kräfte würden beispielsweise auf den Ostschweizer Gemüsefeldern fehlen, in der Fleischverarbeitung der Grossverteiler, in den sonnigen Rebhängen des Lavaux.

«Die Kündigungsinitiative der SVP ist undurchdacht, schädlich für unseren Wohlstand und gefährlich für die Sicherheit der Schweiz.»

Welche KMU könnten heute noch erfolgreich geschäftlich, wenn sie nicht auf fähige Arbeitskräfte aus den Nachbarländern zählen dürften? Und selbst jenen KMU, die überleben, legt die SVP schwere Fesseln an, weil unsere Betriebe nicht mehr ungehindert exportieren könnten.

Blinde Polizei, abgetauchte Kriminelle

Die Kündigungsinitiative der SVP gefährdet die gesamte Schweizer Bevölkerung. Ohne das Schengen-Informationssystem (SIS), welches täglich Dutzende Warnmeldungen über Terroristen und andere Kriminelle liefert, wären unsere Polizistinnen und Polizisten blind.



Kämpfe jetzt mit uns
gegen die
Kündigungsinitiative!



Zu den Asylvorstössen:

Mein erstes Jahr im Bundeshaus

Zwischen Beruf, Privatleben und Politik

Seit einem Jahr gehören Kris Vietze, Heinz Theiler und Nadine Gobet dem nationalen Parlament an. Die drei FDP-Politiker geben Einblick in ihren neuen Alltag, in die Freuden und die Frustrationen in der politischen Arbeit. Sie erzählen von ihren politischen Prioritäten und den prägendsten Momenten ihres ersten Jahres in Bern.



Kris Vietze

Was sind die grössten Veränderungen in Ihrer Organisation zwischen Ihrem Berufsleben, Ihrem Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Ich will einen Beitrag dazu leisten, dass unser einzigartiges Land auch in Zukunft einzigartig sein kann. Deswegen verbinde ich seit vielen Jahren aktiv Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – es gehört zu meinem Alltag, Politik, Beruf und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Dass ich das heute als Nationalrätin machen darf, erfüllt mich mit grosser Freude.

Wo sehen Sie derzeit die dringendsten Handlungsfelder in der Sozial- und Gesundheitspolitik?

Die Menschen in unserem Land verdienen eine hervorragende Gesundheitsversorgung, Sicherheit im Fall der Fälle und eine stabile, sichere Altersvorsorge – Punkt. Leider landen die vielen Prämien und Abgaben nicht bei den Menschen, sondern es verbrennen Abermilliarden in einem ineffizienten System der Bürokratie. Das müssen wir stoppen.

«Unsere Willensnation und unsere politische Kultur sind einzigartig auf der Welt.»

Welches Erlebnis aus Ihrem ersten Amtsjahr im Nationalrat war für Sie persönlich besonders prägend?

Das Parlament ist ein sprachliches und politisches Abbild unserer Schweiz. Es berührt mich jedes Mal von neuem, wenn ich erlebe, wie im Parlament – bei aller sachlichen Härte in der politischen Auseinandersetzung – unsere Schweizer Demokratie gelebt wird: Unsere Willensnation und unsere politische Kultur sind einzigartig auf der Welt.



Gabrielle De Simone,
Mitarbeiterin Kommunikation



Heinz Theiler

Welche wesentlichen Veränderungen haben sich in Ihrer täglichen Organisation ergeben, seitdem Sie beruflich, privat und auf Bundesebene politisch engagiert sind – und wie beeinflussen diese unterschiedlichen Lebensbereiche einander?

Die Neuorganisation meines Karosseriebetriebes mit einem Geschäftsführer war sicher die grösste Herausforderung. Die schnelle Einarbeitung in die nationalen Politgeschäfte und die Organisation der Termine waren die zweite grosse Herausforderung. Die Sitzungen nehmen durch den langen Anfahrtsweg von Goldau nach Bern mehr Zeit in Anspruch.

Sie sind Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission. Was sind Ihrer Meinung nach die Prioritäten in diesem Bereich?

Es ist wichtig, der Bevölkerung klarzumachen, dass sich die Sicherheitslage in Europa massiv verschlech-

tert hat, ohne damit Panik zu verbreiten. Die Armee muss möglichst schnell wieder vollständig ausgerüstet werden, um den Verfassungsauftrag zu erfüllen. Aber auch die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Desinformationskampagnen als Teil der hybriden Bedrohung hat hohe Priorität.

Ein besonders prägender Moment in Ihrem ersten Jahr als Nationalrat?

Mir fallen dazu zwei Erlebnisse ein: der Besuch meiner beiden Söhne im Bundeshaus anlässlich der Vereidigung als Nationalrat. Das war für mich ein sehr besonderer Moment. Und als zweites die sehr sachorientierte und konstruktive Zusammenarbeit mit Mitgliedern der anderen bürgerlichen Parteien, um die Armeebotschaft in der Herbstsession in trockene Tücher zu bringen.

«Es ist wichtig, der Bevölkerung klarzumachen, dass sich die Sicherheitslage in Europa massiv verschlechtert hat.»



Nadine Gobet

Wie hat sich die Organisation Ihres Alltags durch Ihr berufliches, privates und politisches Engagement auf Bundesebene verändert?

Ich musste ein neues Gleichgewicht zwischen meiner Funktion als Direktorin eines Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbandes mit 45 Mitarbeitenden und meinem Engagement als Nationalrätin finden. Dieses Gleichgewicht ist wichtig, weil ich sowohl das Mandat, welches mir die Freiburger anvertraut haben, ehren möchte als auch meinen Job behalten möchte, der mich mit der Realität vor Ort verbindet. Es war auch notwendig, zu lernen, Platz zu schaffen, um etwas Zeit für die Medien zu investieren, während ich versuche, ein wenig Privatleben zu bewahren.

Welche Prioritäten sehen Sie derzeit für die Kommission für Rechtsangelegenheiten?

Unsere Kommission sorgt hauptsächlich für die Stabilität der Schweizer Rechtsordnung. Es geht vor allem

darum, legislative Entscheide zu fällen, ohne sich zu einem Übermass an Revisionen verleiten zu lassen. Darüber hinaus müssen wir mit den rechtlichen Herausforderungen umgehen, die die neuen Technologien und eine immer stärker bindende europäische Gesetzgebung mit sich bringen.

Welcher Moment aus Ihrem ersten Jahr im Nationalrat ist Ihnen besonders in Erinnerung geblieben und warum?

Der prägendste Moment wird der meiner Vereidigung innerhalb der Wände des Nationalrates sein. Ich erinnere mich besonders an den Stolz, den ich empfunden habe, sowie an die Demut angesichts meiner neuen Verantwortung. Zwei weitere denkwürdige Episoden waren das erste Mal, als ich vom Rednerpult aus sprechen musste, sowie meine Teilnahme an der Wahl eines Bundesratsmitglieds während meiner allerersten Sitzung.

«Unsere Kommission sorgt hauptsächlich für die Stabilität der Schweizer Rechtsordnung.»

Für alle, die den Wecker stellen

Bereit für die Wahlen 2027?

Wir präsentieren: Der FDP-Wecker

Er ist schon heute gestellt auf die Wahlen 2027. Dann entscheidet sich, ob die Schweiz vollends zum linken Umverteilungsstaat wird – oder ob wir das liberale Erfolgsmodell bewahren.

Kämpfen wir gemeinsam dafür: in den Gemeinden, in den Kantonen und bei den eidgenössischen Wahlen 2027!

Man kann den FDP-Wecker nicht kaufen, nur verschenken:
an Mitglieder der FDP, die sich besonders für einen Politikwechsel zugunsten der Bürgerinnen und Bürger engagieren.

Sie können jeden Parteifreund dafür empfehlen mit einer kurzen Begründung, wieso er den Wecker verdient: wecker@fdp.ch



Frühjahrssession 2025

Es wimmelt wieder im Bundeshaus.

Von 3. bis 21. März fand die Frühjahrssession 2025 statt.

Mehr dazu auf Seite 23.



Bild: Bundeshaus



Vier Lastwagen für ein Halleluja

Das war die Frühjahrssession 2025

Zunächst fehlte nur eine Stimme. Im zweiten Wahlgang war es dann mehr als deutlich. Die Schweiz hat einen neuen Bundesrat: Martin Pfister.

Ein Zentralschweizer Regierungsrat hat den Start-Ziel-Sieg von Nationalrat Markus Ritter verhindert. Ich gratuliere dem neuen Bundesrat ganz herzlich. Mit dem VBS übernimmt er ein Schlüsseldepartement für die Sicherheit unseres Landes. Die fast schon langweilige Bundesratswahl wurde von vielen Beobachtern und Medienschaffenden verfolgt. In der Wandelhalle war an diesem Tag deutlich zu spüren: Es gibt keine Medienkrise in diesem Land. Es wimmelte nur so von Chefredaktoren, Kameras, Mikrofonen und Hauptstadtjournalisten. Mangel an Berichterstattung und Information? Fehlanzeige. Selbst mit einem Smartphone konnte man für seine Plattform über eine solche Wahl berichten und sie zum Ereignis machen. So viele Journalisten wie sonst nie waren im Bundeshaus.

Der Markt lebt und zeigt, dass Berichterstattung auch ohne staatliche Subventionen möglich ist. Statt diesen lebendigen Markt zu akzeptieren und allenfalls auf andere Lücken in der Berichterstattung hinzuweisen, haben die verschiedenen Sender und die Journalisten von SRF mehr als nur zur Hektik beigetragen. Die Staatssender richteten sich mit der grossen Kelle ein. Mehrere Räume wurden ausgeräumt, und nicht weniger als vier grosse Übertragungswagen waren vor dem Bundeshaus parkiert. Etwas mehr Demut, gute

Recherche und faire Berichterstattung würden hier mehr helfen, um das Verständnis in Politik und Bevölkerung zu erhalten. Aber da braucht es wohl die Halbierungsinitiative, um der SRG auf die Sprünge zu helfen.

Was sonst noch lief:

1. Fehlende Arbeitskräfte, massive Asymigration: NEIN zur SVP-Kündigungsinitiative

Die SVP will mit der Kündigungsinitiative den bewährten bilateralen Weg abbrechen. Der Wegfall der Bilateralen würde dazu führen, dass qualifizierte Arbeitskräfte in Spitälern, der Gastronomie und diversen KMUs fehlt. Dafür würde die Schweiz zu einer Hochburg für Asymigration werden, da sämtliche von der EU abgewiesene Migrantinnen und Migranten bei uns erneut ein Visum beantragen könnten. Mehr dazu auf Seite 19.

2. Individualbesteuerung: Mitte-Links vergiftet Vorlage

Der Ständerat und Parteipräsident Thierry Burkhardt brachten es auf den Punkt: Die Individualbesteuerung ist ein «gesellschaftspolitisches, ein steuerrechtliches und ein wirtschaftspolitisches Gebot». Zwar hat der Ständerat die Gesetzesvorlage angenommen, jedoch hat Mitte-Links zulasten der

Schweizerinnen massiv höhere Steuern durchgedrückt. Immerhin: Die Wirtschaftskommission des Nationalrats hat kurz nach der Frühjahrssession korrigiert: Gemäss ihrem Konzept würden die Bürgerinnen und Bürger nicht mehrere hundert Millionen Franken mehr an Steuergeldern zahlen müssen. Mehr dazu auf Seite 12.

3. Nationalrat erteilt Juso-Enteignungsinitiative eine Abfuhr

Der Nationalrat hat deutlich beschlossen, Volk und Ständen die Juso-Enteignungsinitiative, die eine hohe Erbschaftssteuer fordert, zur Ablehnung zu empfehlen. Die FDP hat an vorderster Front für das deutliche NEIN gekämpft. Die Initiative würde die Weitergabe von Familienbetrieben massiv erschweren bis verunmöglichen. Ein Grossteil der Betroffenen würde wegziehen, was gar zu Mindereinnahmen für den Fiskus führen würde. Und für die innovativen Jungfirmen wäre die Schweiz nicht mehr attraktiv. Mehr dazu auf Seite 4 bis 7.

4. 15 FDP-Vorstösse für eine konsequente Asylpolitik

Der Fokus der Debatte lag auf einer konsequenten Steuerung des Asylwesens, robusten Massnahmen zur Grenzsicherung und klar definierten Regeln beim Familiennachzug. Die FDP unterstützte überwiegend alle Initiativen – bis auf die Motion, die eine flächendeckende Überwachung der Landesgrenzen forderte. Mit 127 Stimmen setzte sich zudem eine eigene Fraktionsmotion durch. Diese beauftragt den Bundesrat, gezielt Massnahmen zu entwickeln, die logistische Hürden im Vollzug von Wegweisungen abbauen und stark belastete Kantone mit zusätzlichem Personal sowie finanziellen Mitteln entlasten. Ziel ist es, den Rückführungsprozess effizienter zu gestalten und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen nachhaltig zu stärken. Mehr dazu auf Seite 19.



Hier geht's zu den
Sessionsberichten:



Christian Steiner, Fraktionssekretär

Sie machen den Unterschied!

Die FDP muss die **Wahlen 2027** gewinnen, denn nur so kann die **bürgerliche Mehrheit** im Bundesrat gerettet werden. Wenn wir im 2027 gewinnen, setzen wir dem lauten "Gleichheit!" ein mutiges **"Freiheit!"** entgegen. Mit Ihrer **Spende helfen Sie uns**, die liberalen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt auch in Zukunft zu bewahren und stärken!

Mit Ihrer Spende ermöglichen Sie:

- 50 FRANKEN: Softwares zur Erstellung unserer Kampagneninseraten
- 150 FRANKEN: Postversand an unsere Freisinn Leserinnen und Leser
- 250 FRANKEN: Druck des Schweizer Freisinn

Empfangsschein

Konto / Zahlbar an
CH50 0900 0000 3000 1141 9
FDP.Die Liberalen
3011 Bern

Zahlbar durch (Name/Adresse)

└

|

Währung Betrag
CHF

└

└

Annahmestelle

Zahlteil



Währung Betrag
CHF

└

Konto / Zahlbar an
CH50 0900 0000 3000 1141 9
FDP.Die Liberalen
3011 Bern

Zusätzliche Informationen
Spende Freisinn

Zahlbar durch (Name/Adresse)

└

└

└